



Akademie Solidarische
Ökonomie



Stiftung Ökumene



Ökumenisches Büro Treptow
Köpenick

Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2016 der Bundesregierung

Ansprechpartner/Kontaktperson

Norbert Bernholt
(Geschäftsführer der Akademie Solidari-
sche Ökonomie)
Am Butterberg 16
21335 Lüneburg
e-mail: nbernholt@t-online.de
Tel.: 04131-7217450

21. Juni 2016

I. Überzeugender und ambitionierter Ansatz

Wir begrüßen den ambitionierten und gut begründeten Ansatz des Entwurfs zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, wie sie in der Präambel und beispielsweise auf Seite 11f formuliert wird: „Um Fortschritte für eine nachhaltige Entwicklung zu erzielen, muss Nachhaltigkeit als ein Leitprinzip verstanden werden – global, national und lokal. Ziel ist eine Welt, in der wirtschaftlicher Wohlstand für alle einhergeht mit sozialem Zusammenhalt und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; eine Welt, die sich der Generationengerechtigkeit und dem friedlichen Miteinander der Völker verpflichtet fühlt. Wer auf Kosten der Zukunft lebt, der verschuldet nicht nur sich selbst, sondern schafft auch Hypotheken für nachfolgende Generationen.“

Die enormen Herausforderungen vor der die Industrieländer stehen, hatte Gerd Müller, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits 2015 in einem Interview sehr konkret formuliert: „ Wir, die 10% auf dem Globus an Bevölkerung, wir besitzen 90% des Vermögens, und wir verbrauchen nahezu 80% der Ressourcen, also unser Wohlstand begründet sich auf den Ressourcen ganz besonders der Entwicklungsländer Afrikas. Öl, die Erze ... kein Handy kann funktionieren ohne diese Länder. Und hier müssen wir zu einer neuen fairen Partnerschaft kommen. Wir müssen lernen zu teilen.“ (ZDF-Morgenmagazin, 8.6.2015)

II. Fragliche Lösungsstrategien

In dem vorgelegten Bericht werden zahlreiche überzeugende Vorschläge und Maßnahmen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele angeführt. Es bleibt allerdings die Frage, ob die genannten Maßnahmen ausreichen, um den angestrebten grundlegenden Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft umsetzen zu können. Ist es möglich, in einer auf kurzfristige Gewinn- und Renditemaximierung orientierten Wirtschaft langfristige Ziele, wie die Herstellung eines ökologischen Gleichgewichts oder auch soziale Ziele, wie die Bekämpfung der Armut, zu erreichen? Wir finden hier keine überzeugenden Antworten.

Zur Vorgehensweise unserer Stellungnahme: Im Folgenden weisen wir anhand von drei Beispielen auf Widersprüchlichkeiten zwischen dem Anspruch des Fortschrittberichts und den geplanten Maßnahmen hin. In diesem Zusammenhang benennen wir auch mögliche erste richtungsweisende Schritte, die in der Regel über die im Bericht genannten Maßnahmen hinausgehen. Damit werden unserer Ansicht nach allerdings keinesfalls die in dem Fortschrittsberichtsbericht angesprochenen Probleme nachhaltig gelöst. Hierzu sind weitere, noch grundlegendere Änderungen notwendig, auf die wir explizit in den Abschnitten III bis V eingehen werden.

Beispiel 1: Armut in jeder Form und überall beenden (Ziel 1)

In dem Bericht finden wir keine Antwort auf die Frage, wie ein auf Konkurrenz, Wettbewerb und Gewinnstreben ausgerichtetes System Armut ernsthaft und nachhaltig bekämpfen kann. Konkurrenzgetriebene Märkte erzeugen zwangsläufig Gewinner und Verlierer. Diese Tatsache ist theoretisch hinlänglich belegt und wird durch empirische Daten eindrucksvoll bestätigt. Die Wirtschaft in Deutschland spaltet die Menschen in Arm und Reich. Dies gilt in einem noch verstärkten Maße für die globale Wirtschaft. (vgl. Oxfam-Studie 2016) Die Flüchtlinge aus Afrika legen hiervon aktuell ein beredtes Zeugnis ab. Eine Lebens- und Wirtschaftsweise, die Gier rechtfertigt, widerspricht dem christlichen und an humanen Werten ausgerichteten Menschenbild. Wir vermissen eine Aussage dazu, dass kapitalgetriebene und auf Konkurrenz aufbauende Märkte Ungleichheit und Armut erzeugen und damit ursächlich für die Flüchtlingsbewegungen in die Verantwortung zu nehmen sind.

Mögliche Schritte zum Abbau von Armut und Ungleichheit könnten sein:

- Steuern auf hohe Kapitaleinkommen deutlich erhöhen
- Einführung der Vermögenssteuer
- Leistungslose Bereicherung aus Kapital unterbinden

Beispiel 2: Gute Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum (Ziel 8)

In dem Bericht wird die Dringlichkeit der ökologischen Frage erkannt und benannt. Als Königsweg wird gleichzeitig die Förderung weiteren Wirtschaftswachstums vorgeschlagen. „Nachhaltigkeit ist ohne Wachstum nicht zu haben“ wird Bundeskanzlerin Merkel zitiert. Aus ökologischer Sicht ist die Aussage dieses Satzes nicht nachvollziehbar. Legen wir die immer wieder zitierten 3% Wachstum zu Grunde, wird sich das BIP innerhalb von 24 Jahren verdoppeln und in 101 Jahren verzwanzigfachen. Die Umsetzung des Wachstumsziels wird die Erde ruinieren. Zur Veranschaulichung sei daran erinnert, dass wir in diesem Jahr in Deutschland

schon am 29. April alle unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zur Verfügung stehenden Ressourcen verbraucht hatten (sog. Erdüberlastungstag). Weltweit betrachtet wird dieser Tag in diesem Jahr Anfang August sein (2015 war es der 13. 8). Wachstum ist für die sog. entwickelten Länder keine Option, wenn wir ökologische Nachhaltigkeit anstreben. Diese Aussage vermissen wir in dem Bericht.

Mögliche Schritte zur Abkehr vom Wachstumsziel könnten sein:

- Förderung regionaler Kreislaufwirtschaft
- Förderprogramme, die Wertschöpfungsketten in die Regionen zurückholen
- Unternehmen fördern und stärken, die nicht gewinn- und wachstumsorientiert arbeiten.

Beispiel 3: Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern (Ziel 16)

In dem Bericht wird die Erreichung von Frieden und Gerechtigkeit zutreffend als eine Grundvoraussetzung vieler weiterer SDG`s benannt. Ohne Frieden und gute Regierungsführung kann es keine nachhaltige Entwicklung geben, und ohne nachhaltige Entwicklung kann es keinen Frieden und kein Leben in Würde und Freiheit geben.

Wir sehen allerdings auch, dass die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele Grundfesten unserer Gesellschaft berührt. Diese Umsetzung kann nur in einer "großen Transformation" gelingen. Hier sind Konflikte absehbar.

Notwendige Schritte für eine produktive Bearbeitung solcher Konflikte wären beispielsweise,

- Begleitung der diversen Konflikte durch Friedensfachkräfte, die zur Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung beitragen können.
- Verpflichtende Regelungen zum Umgang mit Rohstoffabbau- und handel.
- Begrenzung von Rüstungsexporten. Insbesondere bei kleinen und leichten Waffen ist der Endverbleib zu kontrollieren.
- Anerkennung von Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht
- Ächtung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere der Atomwaffen

Zwischenbilanz

Es lassen sich in dem Bericht zahlreiche Widersprüche zwischen Anspruch und Umsetzung der ehrgeizig formulierten Ziele aufzeigen. Die berechnete Frage, ob denn unsere Wirtschaftsweise überhaupt in der Lage sei, die gesetzten Nachhaltigkeitsziele umzusetzen, wird umgangen.

III. Nachhaltigkeit wagen – Werte prüfen

Eine offene und ehrliche gesellschaftliche Debatte ist notwendig

Dieser „blinde Fleck“ ist angesichts der ambitionierten Zielsetzung des Berichts kaum zu verstehen. Die notwendige wissenschaftliche Redlichkeit erfordert es unsere Ansicht nach, dass

ein System, welches hinsichtlich eines wichtigen Kriteriums (hier der Nachhaltigkeit) offensichtlich dysfunktional ist, auch in Frage gestellt werden muss und Alternativen erwogen werden müssen. Niemand wird in einem Nachhaltigkeitsbericht fertige Lösungen erwarten können, wohl aber kritische Fragen und das Aufzeigen von alternativen Lösungsansätzen.

Angesichts der enormen Herausforderungen und der für die Gesellschaft geradezu existentiellen Probleme, möchten wir die Bundesregierung dazu auffordern, den Bericht zum Anlass zu nehmen, in der Gesellschaft eine breite und offen geführte Debatte anzustoßen, wie die Bürgerinnen und Bürger die Ökonomie und das gesellschaftliche Leben gestalten wollen. Wir wollen nicht leugnen, dass „Nachhaltigkeit ernst nehmen“ an die Grundfesten unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens rühren kann. Scheinbar selbstverständliche Überzeugungen und Wertvorstellungen sind auf den Prüfstand zu stellen. Machtkonstellationen und Besitzstände sind ggf. aufzugeben. Mit anderen Worten, für eine an kurzfristigen Wahlerfolgen orientierte Politik ist Nachhaltigkeit ein schwieriges Thema. Aufgrund der fundamentalen Bedeutung dieses Themas für das weitere Leben auf diesem Planeten darf die Politik aber nicht vor dieser Aufgabe zurückschrecken, sondern sollte vielmehr mutig neue und vielleicht risikoreiche Wege beschreiten.

Wir wissen, dass der notwendige Wandel nicht von oben verordnet werden kann, er muss aus der Gesellschaft heraus wachsen. Die Regierung kann diesen Wandel aber unterstützen, indem sie Räume für eine breite und wertorientierte gesellschaftliche Diskussion schafft.

IV. Alternativen suchen und testen

Wir erwarten in dem Bericht das Benennen der Grenzen der jetzigen Wirtschaftsweise und Hinweise auf andere ökonomische Ansätze, die sich ernsthaft mit der Problematik einer nachhaltig orientierten Gesellschaft und Ökonomie auseinandersetzen. Dazu haben sich weltweit die christlichen Kirchen seit Jahrzehnten in der ökumenischen Bewegung und jüngst Papst Franziskus geäußert.

Wichtige Impulse können hier beispielsweise aus den Ansätzen der pluralen Ökonomik, der Gemeinwohlökonomie, der solidarischen Ökonomie oder der Postwachstumsökonomie gewonnen werden. Diese Ansätze können hier nicht vorgestellt werden. Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass sie alte Glaubenssätze der jetzigen Ökonomie in Frage stellen. An dieser Stelle wollen wir uns darauf beschränken, am Beispiel von drei Kernbereichen der Ökonomie die Tragweite dieser Ansätze in wenigen Schlagworten zu veranschaulichen.

Beispiel 1: Markt

These 1: Märkte versagen vielfach als Instrument der Verteilung. Es ist folglich kritisch zu prüfen, in welchen Bereichen Märkte im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft eingesetzt werden. Märkte sind ein ungeeignetes Instrument, wenn es um die Verteilung von endlichen Ressourcen, der Natur oder der menschlichen Arbeit geht. Märkte sind im Sinne einer nachhaltigen Ökonomie nur dann sinnvoll, wenn sie auf Kooperation statt auf kapitalgetriebene Konkurrenz aufbauen.

Beispiel 2: Geldordnung

Geld ist ein notwendiges Instrument in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Geld darf aber nicht dafür missbraucht werden, dass Menschen sich ohne eigene Leistung bereichern können. Die Erlaubnis des Geldschöpfens haben sich die privaten Banken stillschweigend herausgenommen und nutzen die hiermit verbundenen Möglichkeiten in ihrem Interesse aus. Die für das Gemeinwesen schädlichen Folgen haben die Bürgerinnen und Bürger zu tragen. Das Recht der Geldschöpfung darf ausschließlich –demokratisch kontrolliert - vom Staat ausgeübt werden.

Beispiel 3: Eigentumsordnung

Eine Gesellschaft, die dem Privateigentum allerhöchste Priorität einräumt wird den Erfordernissen einer globalisierten Welt, in der die Zahl der Menschen wächst, der Lebensraum, also die Natur und die Rohstoffe, aber nur endlich sind, nicht gerecht. Wenn knappe, nicht erneuerbare Rohstoffe in privatem Eigentum sind und nach den Gesetzen einer kapitalorientierten Wirtschaft verteilt werden, muss dies zu erheblichen sozialen Konflikten, Ungerechtigkeiten, Hungersnöten und letztlich kriegerischen Auseinandersetzungen führen. Die Gesellschaft muss je nach Gut neben dem Privateigentum auch Formen des Gemeineigentums ermöglichen und fördern. Aus ethischer Sicht gibt es kein Recht auf Privateigentum an der Natur.

V. Handlungsoptionen der Regierung

Es liegt im Wesen der Ökonomie, dass kein Mensch mit Sicherheit den Erfolg dieser und ähnlicher Schritte garantieren kann. Die Politik kann allerdings – mit wohl kalkulierten Risiken – vorangehen, in dem sie Stimmen und Ansätze von Wissenschaftlern und Bürgerinnen und Bürgern zur Kenntnis nimmt und in die politischen Entscheidungsprozesse integriert. Konkrete Schritte könnten sein;

- Die Regierung eröffnet eine breite und offene Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit und den damit verbundenen Wertvorstellungen. Nachhaltigkeit wird über Jahre in Schulen, in den Medien, in öffentlichen Veranstaltungen zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema.
- Die Regierung bietet Formen der gesellschaftlichen Diskussion an, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen fühlen. Die Regierung stellt klar, dass die Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft der Gesellschaft zu entscheiden haben. In dem Bericht wird bereits auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft und hier insbesondere die der Kommunen hingewiesen. Hier sind konkretere Einflussmöglichkeiten zu benennen. In derart grundlegenden und richtungsweisenden Entscheidungen werden vermutlich gut vorbereitete Volksabstimmungen die geeignete Form der Partizipation darstellen.
- Die Regierung unterstützt und fördert Bürgerinnen und Bürger, die vorangehen und in Projekten, Initiativen und Unternehmen nachhaltiges Verhalten praktizieren. Aus

diesen, in „Laborsituationen“ gesammelten Erfahrungen, ergeben sich wichtige Argumente für die weitere gesellschaftliche Diskussion.

- Die Regierung benennt mindestens eine Person aus dem Spektrum „ Neue Ökonomie und Strategie“ für den Nachhaltigkeitsrat.
- Die Regierung stellt umfangreiche Mittel für neue, nachhaltig orientierte, Initiativen, Projekte und Forschungsprojekte zur Verfügung.
- Die Regierung richtet gemäß dem Beschluss der ökumenischen Versammlung im Mai 2014 eine Arbeitsgruppe ein, die sich aus Fachleuten der zivilen Konfliktbearbeitung, des Entwicklungsdienstes, von Organisationen der alternativen Ökonomie und Ökologie und der Friedensbewegung zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe erhält den Auftrag, Konturen für ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, das Friedenssicherung ohne Militär und die umfassende Förderung von gewaltfreier Kommunikation umfasst.
- Die Regierung berücksichtigt die Ergebnisse der ökumenischen Bewegung. Diese ist in allen Regionen lokal verwurzelt, und zugleich global vernetzt. Sie bildet einen sehr empfindsamen Resonanzboden für die Stimmen von Benachteiligten. Sie verfügt über demokratische Institutionen auf allen Ebenen und kann auf regen Austausch von Gemeindepartnerschaften und Initiativen aufbauen. Im gemeinsamen Lernprozess von Christen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurden alle großen Glaubens und Überlebensfragen, wie sie sich auch jetzt in den SDGs manifestieren, seit Jahrzehnten bearbeitet. Sie hat eine Dekade lang konzentriert global zur Überwindung von Gewalt und für Versöhnung gearbeitet.

Unterzeichner dieser Stellungnahme

Name, Vorname

Bender, Harald

Bernholt, Norbert

Bruder Stefan Federbusch

Ecken, Christoph

Gebert, Werner

Knecht, Willi

Schmitthenner, Ulrich

Schönhöffer, Peter

Wazlawik, Klaus

Institution

Leitungsteam der Akademie Solidarische Ökonomie

Geschäftsführer der Akademie Solidarische Ökonomie

Kommission Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Deutschen Franziskaner

Leitungsteam der Akademie Solidarische Ökonomie

Mitglied des Vorstands der Stiftung Ökumene

Mitglied im Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart

Vorsitzender der Stiftung Ökumene

tätig in pax christi und kairos europa

Ökumenisches Büro Treptow-Köpenick